

GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
Bussestraße 1, 22299 Hamburg | Tel. 040 5117919 | fraktion@gruene-nord.de

8. August 2013

Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zu den Sparvorgaben Schilf: „Weitere Kürzungen in der Jugendsozialarbeit hätten katastrophale und nicht vertretbare Folgen“

Der Jugendhilfeausschuss Hamburg-Nord hat sich in einer Sondersitzung erneut mit der vom Senat festgelegten Kürzung der Mittel für die Jugendarbeit befasst.

Im Lauf der Sitzung, an der viele Vertreterinnen und Vertreter von Jugendhilfeträgern teilnahmen, wurde deutlich, dass die vorgeschlagenen Kürzungen insbesondere in der Jugendsozialarbeit und der Familienförderung gravierende Folgen hätten. Für das Jugendberatungszentrum (JBZ), HUDE e.V. und das Kinder- und Familienzentrum (KiFaZ) steht fest, dass die geplanten Einsparungen nur durch Stellenkürzungen umsetzbar wären. Die von der Verwaltung und von allen Fraktionen hoch gelobte Arbeit der Einrichtungen wäre in Qualität und Umfang massiv gefährdet.

Michael Schilf, GRÜNER Sprecher für Jugendhilfe, ist entsetzt: *Bereits heute sind die Angebote nicht ausreichend finanziert, dabei ist deren Notwendigkeit unstrittig. Beispielsweise betreuen das JBZ und HUDE e.V. in Not geratene und obdachlose Jugendliche, deren Unterbringung in den völlig überfüllten Massenunterkünften nicht möglich ist. Ausgerechnet hier zu kürzen, bedeutet, gerade den jungen Menschen, die ohnehin keine Lobby haben, eine der letzten Unterstützungsmöglichkeiten zu nehmen. Das kann und wird die GRÜNE Fraktion so nicht mittragen.*

Der Senat hat festgelegt, 2013/2014 in den Bereichen „Offene Kinder- und Jugendarbeit“, „Förderung der Erziehung in der Familie“ und „sozialraumorientierte Angebotsentwicklung“ jeweils 10% zu streichen. Für 2013 konnten die Kürzungen durch Restmittel noch abgewendet werden. Für 2014 wird dies nicht mehr der Fall sein.

Michael Schilf stellt fest: *„Dieser erhebliche Eingriff in die soziale Versorgung der Kinder, Jugendlichen und Familien in Hamburg-Nord ist fachlich nicht zu rechtfertigen. Zur Begründung wurde angegeben, dass vermehrt Ganztagsangebote in Schulen vorhanden seien, die Teile der bisherigen Angebote überflüssig machten. Für diese Behauptung liefert der Senat weder Belege noch ist ein derartiger Trend bei den Trägern zu verzeichnen. Wir appellieren an die Regierungsfraktion SPD, von den Kürzungsplänen insbesondere bei der Jugendsozialarbeit im Bezirk Nord Abstand zu nehmen.“*

Anlage

Bild des Bezirksabgeordneten Michael Schilf (GRÜNE Fraktion Nord) online:
gruene-nord.de/userspace/HH/galnord/Bilder/Fraktion/Abgeordnete/10Bilder/MichaelSchilf-GAL-Fraktion.jpg

Fotos sind bei Nennung der Urheberin kostenfrei verwendbar.